



Niederschrift

37. Sitzung Hauptausschuss
14. Februar 2023, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

7.

Punkt 7 der Tagesordnung: Förderung der ökologischen Landwirtschaft in Karlsruhe

Vorlage: 2022/1029

dazu:

Änderungsantrag CDU, Vorlage: 2022/1029/1

Beschluss:

Kenntnisnahme im Rahmen der Vorberatung für den Gemeinderat

Abstimmungsergebnis:

Keine

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 7 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit. Es handle sich um eine Vorberatung für den Gemeinderat.

Ihm sei wichtig, dass die im Ortschaftsrat Wettersbach geäußerten Befürchtungen nicht zutreffend seien. Es werde niemand entpachtet. Vielmehr solle es die Grundlage sein, wie man bei einer Neuverpachtung priorisiere. Es gebe zwei unterschiedliche Zielperspektiven, das eine sei die Direktvermarktung, das andere sei die Ökologie. Im Sinne der Biodiversität werde er dem ökologischen Anbau immer den Vorrang vor einer Direktvermarktung geben.

Es werde auch diskutiert, ob es die Haupterwerbslandwirte betreffe oder die Nebenerwerbslandwirte, oder ob man diese gleichstellen solle. Er begründe den Vorrang der Haupterwerbslandwirte darin, dass für diese zum einen das Thema biologische Bewirtschaftung eine ganz andere Herausforderung sei, weil man mit der entsprechenden Fläche nicht so viel an Produkten herstellen könne. Das bedeute, dass man große Flächen benötige. Das Zweite sei, dass man versuche, Haupterwerbslandwirte in der Stadt und der Region zu halten.

In den verschiedenen Vorberatungen habe es einiges an Diskussionsnotwendigkeit gegeben. Man habe es für sinnvoll gehalten, heute nochmals vorzubereiten. Dann müsse man

schauen, welche Zielsetzungen und Hinweise es gebe und wie man dann im Hinblick auf die Gemeinderatssitzung damit umgehe.

Stadtrat Löffler (GRÜNE) kann der grundsätzlichen Konzeption zustimmen. Seine Fraktion werde noch einen Änderungsantrag einreichen, was die Priorisierung angehe. Aus Sicht seiner Fraktion seien die Direktvermarktungen hervorzuheben. Gerade vor dem Hintergrund, wie man es schaffen könne, regionale Lebensmittel zu stärken und wie man Transportwege reduzieren könne.

Stadtrat Pfannkuch (CDU) bekennt, er halte es formell nicht für ausreichend, wenn man in einer mündlichen Zusammenfassung versuche, den Stand der Dinge wiederzugeben. Ursprünglich sei eine Fortschreibung der Verwaltungsvorlage angekündigt gewesen, aus der man den Gang der Diskussion hätte entnehmen können. Es sei zu überlegen, ob man nicht noch einmal zurückrudere, es sei denn, das, was in der Vorlage stehe, sei politisch so wichtig, dass man es in jedem Fall am 28. Februar beschließen müsse. Dem Ortschaftsrat sei es sehr fachkundig dargestellt worden. Da man kaum Flächen zu verpachten habe, sei es eher ein politisches Thema.

Man könne jetzt überlegen, ob der Direktvermarkter vorgehe oder der Biodirektvermarkter. Was sei wirtschaftlich relevant? Man müsse einmal darlegen, wie sich das auswirke. Das Thema habe es nicht verdient, dass es so behandelt werde. Seine Fraktion habe triftige Argumente in den Änderungsantrag einfließen lassen. In der jetzigen inhaltlichen Zusammensetzung halte man die Vorlage nicht für ausreichend.

Stadträtin Melchien (SPD) entgegnet, gerade wenn man wenig Fläche zu vergeben habe, sei es umso wichtiger, sich darüber zu unterhalten, was Priorität habe und was nicht. Deswegen habe auch ihre Fraktion sich entschlossen, diesen Änderungsantrag gemeinsam mit der GRÜNE-Fraktion zu stellen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) weist darauf hin, der Vertreter der Landwirte habe im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit gesagt, so stark, wie die Preise für Lebensmittel, die man mit dem Biolabel erzeugen können und für solche, die man nicht mit dem Biolabel erzeugen könne, zurzeit schwanken, werde es für die Landwirte sehr schwer, wenn solche Prioritäten fest vorgegeben werden. Man wolle die Landwirte halten, deswegen müsse das, was der Vertreter der Landwirte sage, ein hohes Gewicht haben. Man müsse die Landwirte als Partner sehen und solle diesen zuhören.

Biobetriebe benutzten Chemikalien, die auf Kupfer basierten. Da diese nicht so wirksam seien, werde viel mehr davon eingesetzt. Das bedeute, dass die Böden mit der Zeit mit Kupfer stark angereichert würden, was große Nachteile habe. Deswegen sei es falsch, Biobetriebe grundsätzlich als positiv hinzustellen. Es müsse eine Mischung sein und keine Priorisierung, weshalb man auch keinen Änderungsantrag benötige. Seine Fraktion lehne eine Priorisierung ab, weil sie am Ende eher schade.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.) meint, im Ausschuss sei darum gebeten worden, Zahlen zu den Betrieben, die unter II. in der Vorlage aufgeführt seien, zu erhalten. Von wie vielen Betrieben rede man? Was für eine Relevanz habe es, wenn man eine Priorisierung einführe? Viele Betriebe stiegen auf Bioproduktion um, weil damit in der Regel bessere Erträge erzielt

werden und gleichzeitig der ökologische Anspruch da sei. Sie könne sich im Großen und Ganzen der Beschlussvorlage anschließen.

Der Vorsitzende führt aus, man schlage vor, dass man, wenn man Flächen der Stadt verpachte, diese ausschreibe. Wenn es dann verschiedene Angebote gebe, werde man diese nach bestimmten Kriterien bevorzugen. Diese Bevorzugung entspreche den politischen Absichten, dass man Biodiversität fördere, dass man ökologische Landwirtschaft fördere. Jetzt komme noch das neue Thema Direktvermarktung dazu. Er verstehe das Gegenargument des Vertreters der Landwirtschaft nicht. Durch diese agrarstrukturellen Betrachtungen gebe man jedem die Möglichkeit, auch betrachtet zu werden. Die Frage sei, ob man die Steuerung in eine Richtung wolle oder nicht. Das Land Baden-Württemberg wolle bis 2030 30 % Ökologie. Er verstehe die Bevorzugung von Direktvermarktung vor dem Bioanbau nicht. Es gehe um einige wenige Flächen im Jahr, die an den Markt gingen. Insofern benötige man im Moment keine prozentuale Erhebung.

Die Vorlage sei sehr ausgewogen. Wenn der Gemeinderat dies anders sehe, könne man diese über Änderungsanträge ändern.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt er die erfolgte Vorberatung fest.

Er schließt mit Dank die öffentliche Sitzung und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Schluss der öffentlichen Sitzung: 17:30 Uhr

Zur Beurkundung:

Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
22. Februar 2023